GSP.D-01-034

Kapitel 5: Demokratie stärken

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Andreas Müller (KV Essen)

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 33 bis 34 einfügen:
dahingehend, dass sich gemeinnützige Organisationen politisch einbringen und engagieren können. Deshalb wollen wir die Liste der explizit gemeinnützigen Tätigkeiten um die Förderung der Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Klimaschutz, informationeller Selbstbestimmung, Menschenrechten und der Gleichstellung der Geschlechter erweitern.

Begründung

Diese Konkretisierung entspricht der Forderung der Allianz “Rechtssicherheit für politische Willensbildung”, einem Zusammenschluss von mehr als 175 Vereinen und Stiftungen, die die Gemeinnützigkeit für Organisationen der Zivilgesellschaft sichern wollen, die Beiträge zur politischen Willensbildung leisten. Die Vertreter*innen der demokratischen Zivilgesellschaft unseres Landes – wie auch in anderen Ländern — erwarten zu Recht gerade von uns Bündnis-Grünen ein klares, konkretes und eindeutiges Bekenntnis zur Absicherung ihrer wertvollen Arbeit, auf die gerade wir uns immer wieder berufen und aus der wir auch einen großen Teil unserer Kraft schöpfen. Allgemeinplätze sind hier nicht ausreichend.

weitere Antragsteller*innen

Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Rainer Borcherding (KV Schleswig-Flensburg); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Carsten Haider (KV Mettmann); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Reinhard Bayer (KV Gießen); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Philipp Schmagold (KV Kiel); Anna Lanfermann (KV Chemnitz); Anita Schwaier (KV Hochtaunus); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Alexander Link (KV Heidelberg); Gregor Kaiser (Olpe KV); Ralf Bleck (KV Rhein-Sieg); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Stefan Overkamp (KV Mettmann); Ralf Gros (KV Lüneburg)